



Keine Textilien aus Kinderarbeit am heimischen Markt

Ausbeutung soll am österreichischen Markt kein Leiberl haben.

Ich bin sicher: keine Person, die in Österreich lebt, trägt gerne Kleidung, die von Kindern erzeugt wurde. Textilien und Schuhe, die durch Kinder- oder Zwangsarbeit produziert sind, haben am österreichischen Markt nichts verloren. Dafür müssen wir endlich den entsprechenden gesetzlichen Rahmen schaffen. Gemeinsam mit Alois Stöger habe ich im Juni den Vorschlag für ein Sozialverantwortungsgesetz (SZVG) im Nationalrat eingebracht. Mit diesem wollen wir Kleidung, Textilien und Schuhe, die aus ausbeuterischer Kinderarbeit oder Zwangsarbeit stammen, vom heimischen Markt verbannen. Ausbeutung soll am österreichischen Markt kein Leiberl haben.

Mangelnde Kennzeichnung

Die aktuelle Kennzeichnung von Kleidung und Schuhen ermöglicht es Konsument*innen nicht, Kinderarbeit auf einen Blick auszuschließen. Mit unserem Antrag wollen wir sicherstellen, dass Kleidung, Textilien und Schuhe aus ausbeuterischen Produktionsbedingungen

am österreichischen Markt weder online noch im stationären Handel vertrieben werden dürfen. Uns ist klar, dass auch entlang der Liefer- und Produktionsketten anderer Produkte, wie Lebensmittel oder IT-Geräten, ausbeuterische Kinder- und Zwangsarbeit vorkommt. Wir wollen bei den Textilien einen Anfang machen, weil es in diesem Bereich schon gute Vorarbeit durch Siegel gibt.

Antrag zugewiesen

Der Antrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales zugewiesen. In der vergangenen Gesetzgebungsperiode haben wir bereits einen ähnlichen Antrag eingebracht. Leider haben wir keine Mehrheit für das wichtige Anliegen bekommen.

152 Millionen Kinder

Weltweit müssen 152 Millionen Kinder arbeiten. Die Internationale Arbeitsorganisation schätzt, dass 73 Millionen von ihnen unter ausbeuterischen und gefährlichen Bedingungen schuften müssen.

Das ist unwürdig und muss schleunigst beendet werden.

Corona und Kinderarbeit

20 Jahre lang ist die Anzahl arbeitender Kinder gesunken. Ganze 94 Millionen weniger Kinder mussten im Vergleichszeitraum arbeiten. Durch die Corona Krise rechnen die Vereinten Nationen erstmals wieder mit einem Anstieg. Viele Menschen verlieren ihre Arbeit und ihr Einkommen, die Armut steigt. Betroffene Familien sehen in Kinderarbeit eine Chance zu zusätzlichen finanziellen Mitteln zu kommen.

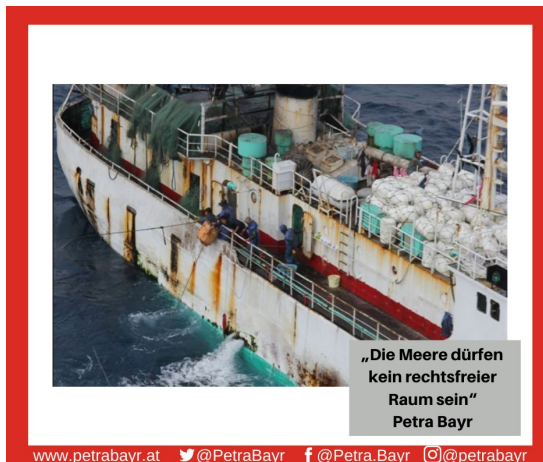
Ankündigung auf EU-Ebene

Der EU-Justizkommissar Didier Reynders hat für 2021 ein europäisches Sorgfaltspflichtengesetz angekündigt. Damit soll auch ausbeuterische Kinderarbeit ein Ende gesetzt sein.

Anregungen und Kommentare zur FiP bitte an mich: 01/534 27 310 oder petra.bayr@spw.at

Neue Grafiken für meinen Social Media Auftritt

Miriam Bonaparte unterstützt mich mit eindrucksvollen Sujets.





“Protect indigenous peoples in Brazil”
Petra Bayr

www.petrabayr.at [@BayrPetra](https://twitter.com/BayrPetra) [@Petra.Bayr](https://www.facebook.com/Petra.Bayr) [@petrabayr](https://www.instagram.com/petrabayr)



„Indigene und deren Territorien in Brasilien schützen!“
Petra Bayr

www.petrabayr.at [@PetraBayr](https://twitter.com/PetraBayr) [@Petra.Bayr](https://www.facebook.com/Petra.Bayr) [@petrabayr](https://www.instagram.com/petrabayr)



„Humanitäre Hilfe ein Jahr nach den Zyklonen immer noch nötig.“
Petra Bayr

www.petrabayr.at [@PetraBayr](https://twitter.com/PetraBayr) [@Petra.Bayr](https://www.facebook.com/Petra.Bayr) [@petrabayr](https://www.instagram.com/petrabayr)

„Kinderarbeit darf in Österreich kein Leiberl haben!“
Petra Bayr

[@Petra.Bayr](https://www.facebook.com/Petra.Bayr) [@petrabayr](https://www.instagram.com/petrabayr)



20. Juni - Weltflüchtlingstag: Länder des Globalen Südens beherbergen 85 Prozent aller Flüchtlinge

www.petrabayr.at [@PetraBayr](https://twitter.com/PetraBayr) [@Petra.Bayr](https://www.facebook.com/Petra.Bayr) [@petrabayr](https://www.instagram.com/petrabayr)

Medikamente aus öffentlich finanzierter Forschung müssen für alle zugänglich sein!

Antrag und Petition im Nationalrat eingebracht

Medikamente und eine mögliche Impfung gegen COVID-19, die aus öffentlich finanzierter Forschung hervorgehen, müssen allen zur Verfügung stehen. Die Bundesregierung hat dafür 23 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. NGOs fordern, dass die Mittel transparent vergeben werden. Mit einer parlamentarischen Petition und einem Antrag an die Innovationsministerin, den Forschungsminister und die Wirtschaftsministerin unterstütze ich diese Forderungen, an welche die Vergabe von öffentlichen Forschungsmitteln geknüpft sein muss. Es darf nicht sein, dass Unternehmen in der Forschung durch Steuermittel unterstützt werden und mit den Ergebnissen große private Gewinne einfahren, ohne dass eine breite nationale und internationale

Öffentlichkeit Zugang zu den Arzneien hat.

Forderungen der Petition:

- Transparente Mittelvergabe: Veröffentlichung der geförderten Projekte, transparentes Darlegen aller Kosten, rasches Öffentlichmachen der Daten
- Verfügbarkeit, Leistbarkeit und Zugänglichkeit: Nicht-exklusive Lizenzen vergeben, geistige Eigentumsrechte in Low- und Middle-Income Countries dürfen nicht geltend gemacht werden.
- Good Governance: Es braucht eine „Global Health Needs“ Evaluierung, internationale Solidarität leben und nationale Macht- und Profit-Überlegungen hintanstellen.

Möglichst vielen Menschen sollen COVID-19 Medikamente niederschwellig zugänglich sein.

Die Organisationen Universities Allied for Essential Medicines (UAEM) Vienna, Ärzte ohne Grenzen (MSF), Austrian Medical Students' Association (AMSA), AmberMed und Effective Altruism – Austria setzten sich dafür ein, dass Menschen unabhängig von deren Herkunft, Geschlecht, sozio-ökonomischen Status, Hautfarbe oder Religion Zugang zu einer Corona Therapie erhalten. Sie haben die Petition gemeinsam gestartet.

Die Petition ist über www.petrabayr.at zu erreichen

Bericht zu Verhütungsmitteln angenommen

Parlamentarische Versammlung des Europarates tagt online.

Als Vorsitzende des Ausschusses für Geschlechtergerechtigkeit in der parlamentarischen Versammlung des Europarates (PACE) habe ich einen Bericht über den Zugang zu Verhütungsmitteln in Europa verfasst. Der Bericht zeigt auf, wie der Zugang zu Pille, Kondom und Co in den

europäischen Ländern verbessert werden kann.

Jetzt in der Corona Zeit treffen wir uns online. Ich freue mich sehr, dass der Bericht auch online mit nur einer Gegenstimme angenommen wurde.

